

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Sicherheitsrat verurteilt Blockade

Am 15. Februar hat der UN-Sicherheitsrat in New York die anhaltenden Blockade der afghanischen Hauptstadt Kabul verurteilt und die verfeindeten Parteien aufgerufen, die Kämpfe einzustellen. Beides habe den Menschen "Tod und Zerstörung" gebracht und bedrohe Frieden und Sicherheit in der gesamten Region.

Ramadan ignoriert

Die Taleban-Bewegung, die etwa die Hälfte des afghanischen Territoriums kontrolliert, hat Ende Januar einen Vorschlag des afghanischen Interimspräsidenten Burhanuddin Rabbani abgelehnt, während des islamischen Fastenmonats Ramadan eine Waffenruhe einzuhalten. Bei Raketenangriffen während des Ramadan, der Mitte Februar endete, kamen nach - wahrscheinlich unvollständigen Berichten - mindestens zehn Menschen ums Leben. Als Vergeltung bombardierte die Kabuler Luftwaffe den Taleban-Stützpunkt Tschahrasjab südlich von Kabul. Dabei seien mindestens zwölf Kämpfer ums Leben gekommen.

Waffen für Kabul

Zwölf raketentragende Kampfhubschrauber vom Typ M-53 soll Rußland Anfang des Jahres an die Kabuler Regierung geliefert haben. Einem Bericht der 'Frankfurter Allgemeinen Zeitung' vom 2. Februar zufolge werden russische Waffen über Tadshikistan in die nordafghanische Provinzhauptstadt Taloqan gebracht und von dort aus mit zivilen Flugzeugen nach Kabul weitertransportiert. Treibstoff und Munition soll Kabul zudem auf dem Luftweg über Meschhed und Bagram aus Iran erhalten, berichtete 'Voice of America'.

Hekmatyar will "breite Koalition"

Der Parteichef der Islamischen Partei Afghanistans ('Hezb-e Islami Afghanistan'/HIA), Gulbuddin Hekmatyar, erklärte Mitte Februar, er strebe eine "breite Allianz aller Oppositionskräfte" zum Sturz des Kabuler Interimspräsidenten Rabbani an. Er bestätigte indirekte Kontakte des Obersten Koordinierungsrates der Islamischen Revolution (SCCIR), die dieser zu diesem Zweck

mit den Taleban aufgenommen hätte, die Rabbani ebenfalls bekämpfen. Hekmatyar formulierte vier Hauptziele der Opposition: Rücktritt Rabbanis, Bildung einer Interimsregierung, Entmilitarisierung der Hauptstadt Kabul und allgemeine Wahlen. Einige Tage zuvor hatte Rabbani Verbündeter Abdurrabb Rasul Sayyaf eine Machtübergabe von Rabbani an Yunus Khales vorgeschlagen. Der über 70jährige Khales ist de facto der geistige Führer von drei Ostprovinzen mit dem Zentrum Dshalalabad, die weder von Kabul noch von der Opposition kontrolliert werden, und gilt deshalb als neutral.

Kämpfe im Oppositionslager

Nach der Ermordung eines lokalen Kommandanten der 'Islamischen Partei Afghanistans' von Gulbuddin Hekmatyar ist es Anfang März im Gebiet des Flughafens Bagram nördlich von Kabul zu heftigen Kämpfen gekommen. Am darauffolgenden Tag weiteten sie sich auch auf die Stadt Pul-e Khumri an der strategisch wichtigen Salang-Straße aus. Die HIA beschuldigte Kämpfer der Islamisch-Nationalen Bewegung ('Dshombesch-e Melli-ye Islami') des usbekischen Warlords Abdurraschid Dostam, für den Mord verantwortlich zu sein. In Pul-e Khumri sollen laut BBC mehrere hundert Menschen getötet worden sein, Tausende Einwohner seien aus der Stadt geflohen. Die HIA und die Dshombesch gehören beide dem Obersten Koordinierungsrat der Islamischen Revolution (SCCIR) an, der den Kabuler Präsidenten Rabbani bekämpft. Gekämpft wurde auch in der nordafghanischen Provinzhauptstadt Baghlan. Hier standen sich SCCIR-Kämpfer sowie Regierungstruppen gegenüber.

IKRK-Luftbrücke nach Kabul

Über 70.000 Menschen in der afghanischen Hauptstadt Kabul sind vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) mit Lebensmitteln versorgt worden, seitdem am 3. Februar eine Luftbrücke aus Pakistan eingerichtet worden war. Dies teilte ein IKRK-Sprecher in Genf mit. Täglich kämen auf diesem Wege 500 Tonnen Lebensmittel in die Stadt, wo zu diesem Zeitpunkt weitere 60.000 Menschen auf die Versorgung warteten. Durch die zeitweilige Öffnung

der durch oppositionelle Gruppen blockierten Zufahrtsstraßen nach Kabul habe man dort auch die Vorräte aufstocken können. Nach eigenen Angaben beteiligt sich auch das Auswärtig Amt in Bonn mit 700.000 DM an der Finanzierung der Luftbrücke. Die Mittel stammen aus dem Fonds für humanitäre Hilfe.

Explosion im Munitionslager

Bei einer Explosion in einem Munitionslager auf dem Gelände des Kabuler Präsidentenpalastes sind am 15. Februar nach offiziellen Angaben 20 Soldaten getötet worden. Die Regierung sprach von einem Unfall als Ursache. Augenzeugen berichteten hingegen, der Vorfall sei durch Sabotage ausgelöst worden, und es seien etwa 180 Menschen ums Leben gekommen.

Scharia-Strafen in Khost

Zwei afghanische Männer wurden am 9. Februar in der ostafghanischen Stadt Khost (Provinz Paktia) öffentlich hingerichtet. Sie waren von einem islamischen Gericht der Taleban des Mordes schuldig gesprochen worden und hätten ein Geständnis abgelegt. Sie wurden nach dem Freitagsgebet entsprechend des Scharia-Gesetzes des Qasas (Vergeltung) von den Vätern ihrer Opfer erschossen, nachdem diese eine Begnadigung abgelehnt hatten. Laut BBC habe es sich um die neunte und zehnte derartige Hinrichtung seit Auftauchen der Taleban gehandelt; in acht Fällen seien Ärzte von den Taleban zu Amputationen von Gliedmaßen wegen geringerer Delikte gezwungen worden.

Afghanistan wieder weltgrößter Heroin-Produzent

Einem Ende Februar in New York veröffentlichten Bericht des Drogenkontrollrats der Vereinten Nationen zufolge ist Afghanistan wieder größter Heroin-Produzent der Welt. 1995 seien in dem Land 2.500 Tonnen Opium produziert worden. Durch den anhaltenden Bürgerkrieg könnten Heroin-Labors, die sich zu einem großen Teil auch in den pakistanischen "Tribal Areas" befinden, das Opium ungehindert verarbeiten. Zudem heißt es in dem Bericht, daß sich die Drogenhändler zur Geldwäsche immer stärker der "schwachen Bank- und Fi-

nanzstrukturen in den asiatischen GUS-Republiken" bedienen.

Pakistan baut für Taleban

Die Kabuler Regierung hat heftig gegen die neuerliche pakistanische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans protestiert. Anfang März erklärte sie, Islamabad habe ohne Vereinbarung mit Kabul angekündigt, die wichtigste Straßenverbindung des Landes instandsetzen zu wollen. Diese

Route verbindet die afghanisch-pakistanische Grenze über die afghanischen Städte Kandahar und Herat mit der afghanisch-turkmenischen Grenze. Nach Abschluß der Arbeiten noch in diesem Jahr soll sich die Fahrzeit für die Strecke von mehreren Tagen auf etwa zwölf Stunden verringern. Fast die gesamte Strecke wird von der Taleban-Bewegung kontrolliert, die von Pakistan unterstützt wird. Dementgegen erkennt Pakistan die Kabuler Regierung nicht als legitime Regierung Afghanistans. Bereits

am 23. Dezember letzten Jahres hatte Pakistans Innenminister Babar bestätigt, daß sich eine Gruppe pakistanischer Ingenieure in den Taleban-Gebieten aufgehalten habe, um die Herstellung von Kommunikationsverbindungen über Afghanistan nach Zentralasien zu sondieren. Dabei sei es u.a. um die Verlängerung der Eisenbahnstrecke Quetta-Tschaman sowie die Herstellung direkter Telefonverbindungen aus Pakistan nach Kandahar, Herat, Mazar-e Scharif und Ghazni gegangen.

Iran aktiviert sein politisches Engagement in Afghanistan

von Thomas Ruttig

Von relativ unvermuteter Seite ist Bewegung in die Suche nach einer politischen Lösung im umkämpften Afghanistan gekommen: aus Richtung Iran. Der westliche Nachbar Afghanistans ist zwar durch Waffenlieferungen und politische Unterstützung der Organisationen der schiitischen Minderheit (etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung) schon von Anfang an in den Afghanistan-Konflikt verwickelt, spielte aber eher nur eine Rolle am Rande. Iran-Kennern zufolge stand Afghanistan - hinter Irak, Bahrain und Libanon - nur auf Platz 4 der Zielländer für den Export der islamischen Revolution. Zudem hatte sich die Entmachtung der "linksislamistischen" Fraktion in der Teheraner Führung nach den Parlamentswahlen 1992 dämpfend auf die iranischen Auslandsaktivitäten ausgewirkt. Doch seit Anfang 1996 legt Teheran nun auch im afghanischen Gesamtrahmen gesteigerte Aktivitäten für eine politische Regelung an den Tag.

Mit dem für Asien und den Pazifik zuständigen Vizeaußenminister Alauddin Borudsherdi reiste am 9. Februar nach Außenminister Ali Akbar Welayati bereits der zweite Teheraner Spitzenpolitiker innerhalb von vier Wochen nach Pakistan, das als zweite Regionalmacht intensiv in den Krieg verwickelt ist. Borudsherdi berichtete über einen zweitägigen Aufenthalt in Afghanistan, während dessen er in Kabul "Interimspräsident" Burhanuddin Rabbani und in Dshalalabad dessen Gegner Gulbuddin Hekmatyar getroffen hatte. Rabbani habe, so Borudsherdi, ihm gegenüber seine Bereitschaft zur Machtübergabe erneuert. Bei seinen Gesprächen sei es deshalb nicht um das "ob", sondern das "wie und an wen" der Machtübergabe gegangen. Details nannte Borudsherdi nicht.

Parallel dazu hielt sich auch der

afghanisch-usbekische Warlord Abdurrahman Dostam in Islamabad auf. Gegenüber pakistanischen Gesprächspartnern habe er erklärt, er sei bereit, sich "jeder Lösung auf breiter Basis anzuschließen".

Nach Borudsherdis Gesprächen im pakistanischen Außenministerium hieß es, Iran und Pakistan wollten sich für eine "repräsentative, auf breiter Basis stehende Regierung in Kabul" einsetzen. Auch die parallelen Bemühungen der UNO wolle man unterstützen. Beide Seiten demonstrierten Eintracht und bestritten, daß es wegen der Afghanistan-Frage zu Spannungen zwischen beiden Regierungen gekommen sei.

Allerdings wurde aus den Erklärungen beider Seiten auch deutlich, daß längst keine Positions- und Interessenkongruenz bestehe. Beide Seiten, so berichtete die Zeitung 'Daily Jang' (Pakistan), seien sich weiter über die "Legitimität der Rabbani-Regierung" uneinig. Während Pakistan sie nicht als Regierung Afghanistans anerkennt, unterstrich Borudsherdi laut 'Ettelaat' (Teheran), daß man Rabbanis Herrschaft als legitim betrachte.

Auch in der Einschätzung der Taleban-Bewegung steht man sich diametral gegenüber. Während Pakistan alles auf die Taleban-Karte gesetzt hat ('Friday Times', Lahore), vermutet Iran gerade deshalb den US-Geheimdienst CIA als weitere Kraft im Hintergrund. Immerhin hat die Zusammenarbeit des CIA mit dem pakistanischen Geheimdienst ISI eine lange Tradition. Auch das vom US-Kongreß beschlossene Sonderprogramm zur Destabilisierung des Mullah-Regimes hat den Argwohn Teherans weiter erhöht.

Trotz dieser Differenzen setzten Pakistan und Iran ihre afghanischen Bemühungen Mitte Februar in Teheran

fort. 'Daily Jang' zufolge waren am 19. Februar sowohl der pakistanische Staatssekretär für Äußeres, Najmuddin Sheikh, sowie Afghanistans Außenminister Nadshibullah Lafrayi eingetroffen. Während die iranische Nachrichtenagentur IRNA von "dreiseitigen Gesprächen" sprach, unterstrich das Außenministerium in Islamabad, daß ein pakistanisch-afghanisches Treffen stattgefunden habe. Trotzdem sprachen beide Seiten hinterher von "Fortschritten".

Auf dem afghanischen Kriegsschauplatz wurden die allerdings nicht sichtbar. Ankündigungen oppositioneller Politiker, sie wollten sich um eine "breite Allianz" mit den Taleban gegen Interimspräsident Rabbani bemühen, verliefen inzwischen im Sande. Dostam-Sprecher Maulawi Abdulbaqi Turkestani zufolge hatte man sich zwar auf einen "Mechanismus zur Machtübertragung in Afghanistan" geeinigt, aber der kann solange nicht greifen, wie sich die Opposition weigert, mit Rabbani vor dessen Rücktritt zu sprechen. Nördlich von Kabul kämpften Anfang März sogar eigentlich "verbündete" Anti-Rabbani-Fraktionen gegeneinander.

Das könnte das Ergebnis dessen sein, daß sowohl in Teheran als auch in Islamabad wieder einmal die Worte nicht mit den Taten übereinstimmen. Immer wieder wird gemeldet, daß beide Regierungen die von ihnen bevorzugten Fraktionen mit militärischem Nachschub unterstützen. Hinter den Kulissen soll Iran versuchen, die Usbeken-Miliz Dostams zu überreden, sich auf die Seite Rabbanis zu stellen. Pakistan seinerseits will das verhindern und Dostam zu einem Bündnis mit den Taleban zu bewegen. So bleibt das Kräfteverhältnis in Afghanistan in der Schwebe - das Blutvergießen wird weitergehen.